

Pressemitteilung

München, den 10. Juli 2019

Jung: „Digitale Städte orientieren sich am Gemeinwohl“

- *Städte wollen die Chancen der Digitalisierung zusammen mit dem Freistaat ergreifen.*
- *Hoheit über die Daten muss in den Händen der kommunalen Daseinsvorsorge bleiben.*

Der digitale Wandel der Kommunen muss im engen Schulterschluss mit Bund und Freistaat erfolgen. Dies benötigt einen Austausch an Erfahrungen und die gemeinsame Entwicklung von smarten Lösungen, etwa in Modellprojekten, sagt der stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Fürths Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung: „**Es braucht die staatliche Förderung von Digitalisierungsvorhaben, vor allem bei digitaler Schule oder Mobilitätsangeboten. Digitale Transformation erfordert klare Zuständigkeiten, staatliche Koordination, die Harmonisierung von Daten und Verwaltungsabläufen. Der Freistaat muss den Kommunen auch künftig Basisdienste für die elektronische Verwaltung dauerhaft ohne Betriebskosten zur Verfügung stellen. Nötig ist ein bayerisches Konzept für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes des Bundes.**“ Städte und Gemeinden müssen frühzeitig in Pilotprojekte des Freistaats eingebunden werden, damit praktikable Abläufe beim Ausbau des E-Government gesichert sind. Darüber hinaus ist die Aus- und Fortbildung von staatlichen und kommunalen Bediensteten sicherzustellen.

Eine digitale Stadt nutzt innovative Möglichkeiten, um Verwaltungsleistungen flexibler und bürgerorientiert zu erbringen. Dabei schützt sie die persönlichen Belange und Daten. Sie garantiert die Verlässlichkeit einer öffentlichen Verwaltung. Dies erfordert, bestehende Rechtsvorschriften zu überprüfen und Formvorgaben an die digitale Welt anzupassen. Jung: „**Bayerns Städte wollen die Chancen der Digitalisierung zusammen mit dem Freistaat als starkem Partner ergreifen. Digitale Transformation ist eine Herausforderung, aber die Städte müssen sich nicht neu erfinden. Städte sind in Umstellungsprozessen und in der Anpassung an neue Rahmenbedingungen erprobt.**“

Der Wandel zur digitalen Stadt bringt mit sich, dass Verwaltungen auch auf Produkte von globalen Großkonzernen angewiesen sind. Jung: „**Städte und Gemeinden verteidigen das Prinzip der gemeinwohlorientierten kommunalen Daseinsvorsorge gegenüber dem wachsenden Einfluss renditegelenkter Großkonzerne.**“ Kommunale Verwaltungen benötigen Software und Datenmanagementsysteme. Viele digitale Lösungen werden von internationalen Konzernen angeboten, die ihre Standards und Bedingungen für die Nutzung der Software setzen. Die Kommunen alleine haben als Kunden keine Marktmacht gegenüber den Softwaregiganten. Dies bringt die Gefahr mit sich, von dominierenden Anbietern bei Hardware und Software abhängig zu werden – bei der Erbringung von Leistungen, beim Preis oder bei der Nutzung von kommunalen Daten durch globale Firmen.

Digitale Transformation in Kommunen darf nicht in Abhängigkeit oder Steuerung von privaten Konzernen geraten. Jung: „**Die Hoheit über die Daten muss in den Händen der kommunalen Daseinsvorsorge bleiben und den bewährten Regeln der Daseinsvorsorge folgen. Die digitale Stadt ergreift die Chancen neuer technischer Möglichkeiten, ohne dabei die Eigenschaften aus den Augen zu verlieren, die sie im Sinn der Daseinsvorsorge auszeichnen: gemeinwohlorientiert, nachhaltig und abgewogen zu handeln.**“

Die Kommunen benötigen vom Freistaat Unterstützung bei der Informationssicherheit. Datenschutz, Datensicherheit und Technologieoffenheit müssen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Digitale Anwendungen müssen den Grundsätzen von Datenschutz und Datensicherheit entsprechen. Jung: „**China mag rein technisch gesehen faszinierend erscheinen, falls man ausreizen will, was digitale Technik alles kann – bei Gesichtserkennung, bei der Sammlung und Abgleichung von Daten. Aber ein demokratisches Gemeinwesen, das die Freiheitsrechte der Menschen achtet und das Recht auf Selbstbestimmung hochhält, wahrt Datenschutz und Datensicherheit.**“

Weitere Informationen auf:

staedtetag.blog